Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2002**

15. Wahlperiode 12. 11. 2003

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (21. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Günter Nooke, Bernd Neumann (Bremen), Renate Blank, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/1094 –

Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zur Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlosses

A. Problem

Mit dem Antrag zur Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zur Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlosses auf Drucksache 15/1094 wird die Bundesregierung u. a. aufgefordert, das für das Frühjahr 2003 angekündigte Nutzungs- und Finanzierungskonzept vorzulegen, die für die Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 2002 erforderlichen Maßnahmen unverzüglich zu ergreifen und sich verstärkt dafür einzusetzen, dass ein Areal auf der Schlossfreiheit/Unter den Linden für die Einwerbung von privaten Mitteln zur Verfügung gestellt werden kann. Zudem soll der Deutsche Bundestag feststellen, dass er eine finanzielle wie ideelle, direkte oder indirekte Unterstützung der Nutzung des „Palastes der Republik“ durch den Bund ablehnt.

B. Lösung

Einstimmige Annahme der in der Beschlussempfehlung aufgeführten Entschließung und Erledigungserklärung des Antrags auf Drucksache 15/1094

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) die nachfolgend aufgeführte Entschließung anzunehmen:

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung am 4. Juli 2002 die Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlosses unter Berücksichtigung der historischen Fassaden mit großer und fraktionsübergreifender Mehrheit beschlossen. Am 30. September 2003 hat die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Schlossareal“ vorgelegt.

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Schlossareal“ an der Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlosses unter Berücksichtigung der historischen Fassaden und an der Nutzungsvariante des Humboldt-Forums festhält.
2. Der Deutsche Bundestag hält das vorgeschlagene Moratorium angesichts der derzeit angespannten Haushaltslage für nachvollziehbar.
3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den Abriss des Palastes der Republik öffentlich auszuschreiben, zu beauftragen und gemeinsam mit dem Land Berlin für eine gärtnerische Übergangsgestaltung des gesamten Areals zu sorgen.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die für die Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom Juni 2002 erforderlichen Planungsarbeiten zur Vorbereitung und Durchführung eines internationalen öffentlichen Architektenwettbewerbs bereits jetzt in Angriff zu nehmen. Die Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages und die Realisierung des Baus sollten bei wirtschaftlich und haushaltsmäßig besserer Situation des Bundes ohne Zeitverlust möglich bleiben.
5. Der Deutsche Bundestag hält es für verantwortbar, die Planungskosten aus einem Investitionstitel des Haushalts des Ministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vorzufinanzieren und bei Realisierung des Baus auf die Gesamtkosten anzurechnen;

b) den Antrag auf Drucksache 15/1094 für erledigt zu erklären.

Berlin, den 12. November 2003

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Monika Griefahn Vorsitzende	**Eckhardt Barthel (Berlin)** Berichterstatter	**Günter Nooke** Berichterstatter
	Dr. Antje Vollmer Berichterstatterin	**Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Eckhardt Barthel (Berlin), Günter Nooke, Dr. Antje Vollmer und Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

I. Beratungsverlauf

1. Überweisungen

Der Antrag auf Drucksache 15/1094 ist in der 56. Sitzung des Deutschen Bundestages am 3. Juli 2003 an den Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung und den Haushaltsausschuss sowie den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur Mitberatung überwiesen worden.

2. Beratungsverlauf im Ausschuss für Kultur und Medien

Der federführende **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 15/1094 in seiner 17. Sitzung am 24. September 2003 und seiner 19. Sitzung am 15. Oktober 2003 und in seiner 21. Sitzung am 22. Oktober 2003 beraten. Zur abschließenden Beratung in der 22. Sitzung am 5. November 2003 legten die Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP auf Ausschussdrucksache 15(21)99 neu einen gemeinsamen Entschließungsantrag zum Antrag auf Drucksache 15/1094 vor. Der Ausschuss hat diese in der Beschlussempfehlung aufgeführte Entschließung einstimmig angenommen und den Antrag auf Drucksache 15/1094 mit der Annahme dieser Entschließung für erledigt erklärt.

3. Voten mitberatender Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 15. Oktober 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/1094 empfohlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat in seiner Sitzung am 15. Oktober 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/1094 empfohlen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Mit dem Antrag zur Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zur Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlosses auf Drucksache 15/1094 wird die Bundesregierung u. a. aufgefordert, das für das Frühjahr 2003 angekündigte Nutzungs- und Finanzierungskonzept vorzulegen, die für die Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom Juli 2002 erforderlichen Maßnahmen unverzüglich zu ergreifen und sich verstärkt dafür einzusetzen, dass ein Areal auf der Schlossfreiheit/Unter den Linden für die Einwerbung von privaten Mitteln zur Verfügung gestellt werden kann. Zudem soll der Deutsche Bundestag feststellen, dass er eine finanzielle wie ideelle, direkte oder indirekte Unterstützung der Nutzung des „Palastes der Republik“ durch den Bund ablehnt.

III. Ausschussberatungen

Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Medien stimmten dem vorliegenden interfraktionellen Entschließungsantrag auf Ausschussdrucksache 15(21)99 neu zu, mit dessen Annahme der Antrag der CDU/CSU-Fraktion auf Drucksache 15/1094 für erledigt erklärt werden könne. Unter Hinweis auf den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Schlossareal“ begrüßten sie, dass trotz des dort vorgeschlagenen Moratoriums grundsätzlich an der im Juli 2002 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlosses unter Berücksichtigung der historischen Fassaden und an der Nutzungsvariante des Humboldt-Forums festgehalten werde. Sie sprachen sich dafür aus, die Bundesregierung aufzufordern, den Abriss des „Palastes der Republik“ voranzutreiben und für eine gärtnerische Übergangsgestaltung des gesamten Areals Sorge zu tragen. Sie betonten, dass die für die Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 2002 erforderlichen Planungsarbeiten zur Vorbereitung und Durchführung eines internationalen Architektenwettbewerbs bereits jetzt in Angriff genommen werden und die dafür notwendigen Planungskosten aus einem Investitionstitel des Haushalts des Ministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vorfinanziert werden sollten. Die Mitglieder des Ausschusses unterstrichen, dass man mit der fraktionsübergreifenden Einigkeit in der Sache, die in der gemeinsamen Entschließung zum Ausdruck komme, der gemeinsamen Zielsetzung bei der künftigen Gestaltung des Schlossareals in der Mitte Berlins einen wesentlichen Schritt näher gekommen sei.

Berlin, den 12. November 2003

Eckhardt Barthel (Berlin)	**Günter Nooke**	**Dr. Antje Vollmer**	**Hans-Joachim Otto (Frankfurt)**
Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333